

Bezugspreis  
monatlich M.  
in der Geschäftsstelle 7600.—  
in den Ausgavestellen 7800.—  
durch Zeitungsbüro 8000.—  
am Postamt 8500—  
ins Ausland 10000 voin. M. in  
deutscher Währung nach Kurs.

Gernprecher:  
2273, 3110.

Tele-Abo: Tageblatt Posen.  
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.  
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint  
an allen Werktagen.

Anzeigepreis:  
f. d. Millimeterzeile im  
Anzeigenteil innerhalb  
Polens ... 160.— M.  
Reklameteil 480.— M.  
Für Aufträge f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil 160.— p. M.  
aus Deutschland f. d. Reklameteil 480.— p. M.  
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt Vertriebsförderung oder Ausspernung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Die politische Arbeit im Sejm.

Der Sejm hat bis zur Erledigung seines Arbeitsprogramms noch viel zu tun, und es ist sehr fraglich, ob er das Ziel, das er sich gesteckt hat — die Erledigung des Steuerbudgets bis zu den Osterfeiertagen — wirklich erreichen wird. Die Beratungen schreiten nur sehr langsam fort. Eine unendliche Fülle von Interpellationen wartet ihrer Erledigung, und daneben macht sich die Unsicherheit der gesamten inner-politischen Lage stark bemerkbar. Der Beschluss des Parteitages der Piasten, der am letzten Sonntag im Sejm stattfand, übt bereits seine Wirkung auf die Parteien aus. In den Wandelgängen des Sejm schwirren Gerüchte umher. Man rät auf eine neue Regierung, man rät auf die Männer, die gegebenenfalls dieser Regierung angehören könnten. Kommt das Kabinett Witos, das die Rechtsparteien und die Piasten zusammenhießen soll? Was für eine Rolle wird in diesem Kabinett Koranty spielen, der sich als „großer Macher“ in den Verhandlungen zwischen den Parteien in den letzten Wochen gezeigt hat? Wird Dąbski Außenminister, und stimmt es, daß man Sikorski mit dem Kriegsministerposten trösten will?

Das sind natürlich alles nur vage Vermutungen. Daß das Kabinett Sikorski nicht mehr lange leben wird, glauben alle Wissenden versichern zu können. Der Beschluss des Piastenparteitages drückt sich allerdings noch recht undeutlich und wenig konkret über die Stellung der Witosleute aus. Die Partei erklärt, daß sie es mit Rücksicht auf die Parteiverhältnisse für unmöglich hält, eine auf relativer Mehrheit fußende Regierung zu bilden, das heißt mit anderen Worten: Sie will eine Regierung, die nicht auf das Wohlwollen irgend einer Oppositionspartei angewiesen wäre, wie das bei dem Kabinett Sikorski mehrfach der Fall ist. Sie will eine Regierung der starken Männer. Weiter besagt der Beschluss der Piasten, daß die Partei es für unmöglich hält, eine Regierung zu bilden, die in der Politik abhängig von den nichtpolnischen Parteien wäre. Aber der Beschluss erwähnt nicht mit einem Worte Sikorski und sein Kabinett. Er bleibt lediglich auf dem Boden der Theorie.

Zweifellos sind die Verhandlungen der Piasten mit den Rechtsparteien noch nicht ganz abgeschlossen, und auch innerhalb der Partei selbst findet sich viel Widerstand gegen ein Zusammengehen mit den Rechten. Aber durch dieses Rätselraten wird immerhin die polnische Arbeit des Sejm nicht unverzüglich beeinflußt und man kommt mit der Erledigung der Gesetzesvorlagen nicht recht von der Stelle.

Wahrscheinlich ist, wenn wirklich Witos mit den Rechtsparteien eine Verbindung eingehen will, daß er abwartet, bis die Steuerrezepte erledigt sind, damit die neue Regierung nicht die Verantwortung auf sich zu laden braucht.

Auf der Tagesordnung der Dienstagsitzung des Sejm stand als erster Punkt ein Antrag des Schatzordnungsausschusses auf Rechtsauslieferung der Abgeordneten Jaski, Dymowski und Wyrobowski. Den zweiten Punkt bildete ein Abänderungsantrag zu dem Gesetzenwuri über die Gerichts- und Steuersteuer in Posen und Pommern. Die Abänderung verlangt teilweise Ausdehnung des Gesetzes auf Oberschlesien. An dritter Stelle stand ein Antrag des Abg. Puket zur Steuerfrage, der eine Abschwächung des Gesetzes bedeutet, indem er die Landbevölkerung vor gewissen Wucherbestimmungen im Zug nimmt. Der Antrag wurde angenommen. Die Sitzung zog sich bis in die späten Abendstunden hin. Die Abgeordneten gingen erst nach 9 Uhr abends auseinander.

Die Sitzung nahm folgenden Verlauf:

Nach Überweisung einiger Interpellationen an die zuständigen Ausschüsse teilte der Marshall mit, daß er vom Senatspräsidenten ein Schreiben erhalten habe, das die Annahme der Novelle zum Gesetz über die Regelung der Verbrauchssteuern in Polen und die Novelle zum Gesetz über die Staatsentnahmen steuert betrifft. Darauf ging man zu den Anträgen über die Auslieferung der Abgeordneten Jaski, Dymowski und Wyrobowski über. Berichterstatter Jaski, Jaski, erklärte, daß der Ausschluß einstimmig beschlossen habe, die Auslieferung zu verweigern. Die Ausschlußanträge gelangten zur Annahme. Darauf wurde die dritte Lesung des Gesetzes über den Kampf gegen den Kriegswucher erledigt. Der Marshall teilte mit, daß ein Verbesserungsantrag des Abg. Puket zu Artikel I des Gesetzes eingelaufen sei. Der Ausschlußberichterstatter Abg. Arciszewski erklärte sich gegen den Verbesserungsantrag. Abg. Bartkiewicz spricht sich überhaupt gegen das Gesetz im Wortlaut der Ausschlußmehrheit aus und erklärt sich für die im Antrag der Minderheiten enthaltene Stilisierung. Bei der Abstimmung erklärten sich die Piasten und die Rechten für den Verbesserungsantrag Puket. Es wurden 173 Stimmen für und 120 gegen den Antrag abgegeben.

Abg. Chominski berichtete dann über den Schutz der kleinen Landvächter in den Ostgebieten. Auf Antrag des Marshalls wurde die weitere Debatte auf Mittwoch vertagt.

Die Dringlichkeit des Antrages über die Massenverhaftungen von Weißrussen im Grodnoer Gebiet begründete Abg. Baranow. Der Redner beantragt die Annahme der Dringlichkeit des Antrages, der die Regierung auffordert, die Angelegenheit ohne Verzug aufzulösen. Der Marshall schlägt vor, zum zweiten Dringlichkeitsantrag der Weißrussen überzugehen und eine gemeinsame Abstimmung über beide Anträge vorzunehmen. Abg. Staniszewicz von den Weißrussen beantragt darauf die Dringlichkeit des Antrages über die in den Bezirksgerichtsbehörden von Grodno und Bialystok festgehaltenen polnischen Gefangenen. Justizminister Makowski erklärt, daß, wenn die Berechtigung der von den Vorrednern erhobenen Vorwürfe nachgewiesen werde,

alle Mittel angemessen werden sollen, um den Übergriffen das Handwerk zu legen. Die Dringlichkeit der Anträge wurde abgelehnt und die Anträge an den Verwaltungsausschuß verwiesen. Für die Dringlichkeit stimmten alle Gruppen der nationalen Minderheiten, die Sozialisten und die Wyzwolenie-Gruppe. Gegen die Dringlichkeit die Rechte, die Nationale Arbeiterpartei und die Piasten.

### Der Meldesteausschluß des Sejm

versammelte sich am Dienstag mittag und beschloß, daß bis Sonnabend täglich Sejmssitzungen abgehalten werden sollen, um die Diskussion über die Finanzprojekte zu beenden. Sollte das bis Sonnabend nicht möglich sein, dann findet noch am Montag eine Sitzung statt.

### Steuervergünstigungen für den Kleinbesitz.

In der Sitzung des Finanzausschusses wurde der Steuerentwurf über die Grundsteuer erörtert. Berichterstatter war Abg. Lipacewicz von der Wyzwolenie-Gruppe. Dem Kleinbesitz bis zu 20 Hektar soll ein Steuernachlass von ungefähr 54 Milliarden zugute kommen. Der größere Grundbesitz von 20 bis 400 Hektar soll 400 Milliarden mehr zahlen als anfangs geplant war. Der Großgrundbesitz von mehr als 400 Hektar soll um 280 Milliarden mehr belastet werden. Auf diese Weise würde die Regierung eine erhebliche Mehreinnahme haben. Die Regierung hat zu den oben präzisierten Vorschlägen des Abg. Lipacewicz noch nicht Stellung genommen.

### Unrechtmäßigkeit des Mandates Dr. Georg Michalski.

Die Abgeordneten Popiel und Genossen haben an den Ministerpräsidenten folgende Interpellation gerichtet:

„Im jetzigen Sejm sitzt auch Dr. Georg Michalski, der gleichzeitig Generaldirektor des „Poselski Bank Krajowy“ ist. Das Gesetz vom 7. April 1922 bestimmt aber ausdrücklich, daß die „Poselski Bank Krajowy“ eine staatliche Institution ist. Infolgedessen findet der Art. 17 der Verfassung Anwendung, der lautet, daß ein Abgeordneter, der in den Staatsdienst tritt, seines Mandates verlustig wird. Dies bezieht sich auf die Minister und Staatssekretäre nicht. Da aber die Stellung eines Generaldirektors der Poselski Bank Krajowy schwerlich zu dieser Kategorie gehört, ist festzustellen, daß die Belösung des Mandates Herrn Dr. Georg Michalski mit der Stellung eines Generaldirektors der Poselski Bank Krajowy mit dem Artikel 17 der Verfassung in Widerspruch steht. Infolgedessen stellen die Interpellanten an den Ministerpräsidenten die Anfrage: 1. Ist dem Herrn Ministerpräsidenten obige Tatsache bekannt? 2. Was beabsichtigt der Herr Ministerpräsident zu tun, um in diesem Falle der Verfassung Geltung zu verschaffen?“

## Wojewodschaft Schlesien.

### Aus dem schlesischen Sejm.

In der letzten Sitzung des schlesischen Sejm brachte der Deutsche Klub folgende Interpellation ein:

Ist dem Herren Wojewoden bekannt:

1. daß in Wielowitza, Lourahütte, Josefsdorf, Domh., Chortow, Charley, Pschom und Loslau Versammlungen gegen die Errichtung von deutschen Schulen abgehalten worden sind, in denen die deutsche Minderheit schwer bedrohten? Gegen die Schulen ausgestoßen wurden, ohne daß die Behörden gegen diese Aufführung zum Klassenkampf irgendwie einschreiten?

2. daß Beamte und Lehrpersonen entgegen den Bestimmungen des Genfer Abkommens die Erziehungsberechtigten hinsichtlich der freien Bestimmung des Schulbesuchs ihrer Kinder zu beeinflussen versuchen?

3. daß entgegen Artikel 131 des Genfer Abkommens der freie Willen der Erziehungsberechtigten über den Schulbesuch ihrer Kinder auf das schwerste beeinträchtigt wird?

4. daß in Verlegung der Artikel 114, Abs. 2 und Art. 181 des Genfer Abkommens sowie der Verordnung des Wojewoden vom 20. Dezember Tausende von Kindern entgegen dem Willen der Erziehungsberechtigten polnische Schulen besuchen müssen?

Was geschieht der Herr Wojewode zu tun, um: 1. die ihm vierstelligen Behörden, Beamten und Lehrer zur gewissenhaften Beachtung der Bestimmungen des Genfer Abkommens anzuhalten?

2. die durch die Verfassung und das Genfer Abkommen verbrieften Rechte der deutschen Minderheit und die persönliche Sicherheit der deutschen Bevölkerung zu schützen?

Wir bitten um mündliche Beantwortung.

Deutscher Klub.  
Ein Reiserausvertreter erklärte, daß in der nächsten Sitzung der Wojewode Schultz persönlich über diese Interpellation Auskunft erteilen wird.

### Aus der Tätigkeit des schlesischen Wojewodschaftsrates.

In der letzten Sitzung des schlesischen Wojewodschaftsrates, die am 16. d. M. stattfand, wurde u. a. der Gesetzentwurf betreffend das Rechnungsjahr der Gemeinde- und Kreisverwaltungen des oberschlesischen Teiles der Wojewodschaft Schlesien, der Gesetzentwurf betreffend die Entsendung der Schuljugend zur Ferienkolonie und deren Unterhaltung und der Gesetzentwurf betreffend den läufigen Erwerb des Luisenheimes zu Wojewodschaftszwecken beschlossen. Der Wojewodschaftsrat hat außerdem der Anstalt Ausdruck gegeben, daß die Frage der Einführung der einheitlichen Gerichtsgebühren im ganzen Staate ausschließlich zur Kompetenz der Zentralregierung gehört. Schließlich hat man sich mit der Ausführungsverordnung zum Beamtenbefolzungsgesetz, die den Beamten folgende Ausgleichszulagen für den Monat April zuspricht, einverstanden erklärt: Gruppe 1—V (deutsche Beamtenbefolzung), für ledige 100 Prozent, für verheiratete Beamten 120 Prozent. Gruppe VI für verheiratete 150 Prozent, für ledige Beamten 100 Prozent. Gruppen VIII—XII für verheiratete 150 Prozent, für ledige Beamten 125 Prozent. Gruppe XIII und B für verheiratete 140 Prozent, für ledige Beamten 125 Prozent.

### Die oberschlesische Grenze.

Ende voriger Woche hat die Grenzkommission in Oberschlesien den endgültigen Verlauf der Grenzlinie auf dem Nordabschnitt in den Kreisen Lublin und Tarnow festgelegt. Die Festlegung der Grenze im Kreise Lublin soll heute, am Mittwoch, erfolgen. Die Angelegenheit der Delbrückgrube wird erst nach Abgabe des Gutachtens der vom Botschafterrat noch zu bezeichnenden Sachverständigen entschieden werden. Dann wird die Kommission an die Erledigung der technischen Funktionen, wie z. B. das Eingeschlagen der Pfähle, gehen.

## Zoll- und Grenzfragen in Osteuropa.

### Die holländische Presse über Polens Ostgrenzen.

Die holländische Presse übt zum Teil an der Entscheidung des Botschafterrates über Polens Ostgrenzen sehr scharfe Kritik. Einige Blätter bringen diese Entscheidung mit der Entscheidung über das Memelland in Verbindung. Der „Rotterdamse Courant“ erklärt es für bedenklich, daß der Botschafter einer durch Waffengewalt vorweggenommenen Entscheidung seinen Segen gäbe und ist der Ansicht, Polen sei für sein gutes Benehmen in der Memelfrage vom Botschafterrat mit Wilna belohnt worden. Das „Algemeen Handelsblad“ bezweifelt, daß die jetzige Entscheidung eine Regelung für immer bedeute. Auf die Dauer werde Russland ein Wort mitzusprechen haben, und es gebe Leute, die befürchten, daß dies bald der Fall sein werde. Daß man in Paris mit der Möglichkeit rechne, Polen werde gezwungen sein, seine Machtsstellung militärisch zu verteidigen, ergebe sich aus der Tatsache, daß vor nicht langer Zeit aus dem noch immer nicht in übermäßig guter Verfassung befindlichen französischen Staatschaf Polen ein Vorschlag von 400 Millionen Franken zu militärischen Zwecken gehabt wurde. England und Amerika hätten den Franzosen diese großzügige Haltung gegenüber dem polnischen Bundesgenossen übel vermerkt. Diese Leute sagten, wer seine Schulden nicht bezahlen könnte, dürfe keine derartigen Kriegsausgaben machen, um so weniger, als dieser Millionenbetrag doch nur ein Teil des wenigen darstelle, das Frankreich an Kriegsmitteln und an Mannschaften den Polen zu etwaiger Kriegsführung zur Verfügung stelle.

### Eine englische Stimme über die Anerkennung der Ostgrenzen Polens.

Die „Times“ besprechen die Entscheidung des Botschafterrates über die polnischen Ostgrenzen und erklären bezüglich Wilnas, daß die Ansprüche der Litauer unberechtigt seien. Die ganze litauische Bevölkerung sei Landbevölkerung und bilde in den Städten, sogar in Kowno, die Minderheit. Die Abteilung der Grenze sei dort auf geographischer und ethnographischer Grundlage unmöglich. Die einzige richtige Lösung wäre eine polnisch-litauische Föderation. Die englische Diplomatie werde in dieser Richtung weiter arbeiten.

### Bollfragen im Memelgebiet.

Am Freitag fand, wie das Memeler „Dampfboot“ berichtet, im Börsensaal der Handelskammer zu Memel eine Versammlung der Memeler Kaufmannschaft statt, die von der Handelskammer für das Memelgebiet einberufen war und einer Aussprache über Bollfragen galt. Die Kaufmannschaft war der Einladung sehr zahlreich gefolgt. Etwa 500 Kaufleute aller Branchen füllten den Börsensaal. Als Vertreter des Landesdirektoriums wohnte Landesdirektor Pannars und außerdem der Bollbeauftragte der litauischen Regierung Norvalaitis der Herausforderung an. Die Versammlung nahm teilweise einen erregten Verlauf, besonders dann, was wiederholt geschah, wenn einzelne Redner auf das Plombierungssystem zu sprechen kamen, in dem die Memeler Kaufmannschaft eine gewisse ihr Ansehen schädigende „Abstempelung“ erhielt. Am Schluß der Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

1. eine besondere Kennzeichnung der verzollten Ware durch Plombe oder Stempel findet nicht statt; Beförderung durch den Spediteur ist nicht erforderlich;

2. die gesamten Einfuhrzölle für Gegenstände des breitesten Bedarfs sind erheblich herabzusetzen;

3. eine Faktur- und Stempelgebühr wird von Empfängern, die im Memelgebiet ihren Steuerwohnsitz haben, nicht erhoben.

### Poincaré über die Entwicklung der Memeler Frage.

Aus Paris wird gemeldet: Im Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten hielt Poincaré eine Rede über die Entwicklung der Memeler Frage. Es führt aus: Nachdem die Abtreter der Stadt Memel und ihres Gebietes an Litauen auf Grund des Versailler Vertrages entschieden worden war, wurden französische Truppen mit der Besetzung des Gebietes bis zur Regelung der Grenze zwischen Polen und Litauen beauftragt. Es folgten zwei Jahre eines provisorischen Friedens unter der Leitung eines französischen Kommissars. Das von Polen besetzte Wilna fand die Anerkennung Litauens. (?) Nach langen Auseinandersetzungen über die Schiffahrt auf dem Neuen einigten sich Litauen und Polen, daß die gegenwärtige Lage während der kommenden 15 Jahre aufrecht erhalten bleibe. Als später die revolutionäre Erhebung dazwischen kam, wurde Memel von Freischärlern besetzt. Anfangs 1923 war jedoch die Ordnung wieder hergestellt und jedes Gefahr eines Konfliktes zwischen Polen und Litauen bestiegt, worauf dann die Zweite Weltkrieg zwischen Polen und Litauen von der Botschafterkonferenz ausgesprochen wurde. Dabei wurden der Stadt Memel Garantien für die freie Durchfahrt auf dem Fluss und Seewege für Polen auferlegt. Nach einem Bogen der litauischen Regierung kam die endgültige Einigung zwischen den beiden Nachbarvölkern zustande. Heute verlangt Russland für seinen Fluss- und Seeverkehr über Memel dasselbe Recht wie Polen. Die Verbündeten halten ihre Einigkeit aufrecht, und man hofft dadurch in Kowno einen vorteilhaften Einfluß ausüben zu können.

### Gegen die jetzige Lösung der Memeler Frage.

Die deutsche Telegraphen-Union meldet: Der deutsch-litauische Bund hält am Sonntag eine Protestkundgebung ab, bei der Syndikus Dr. Borchard, Chefredakteur Seifried und Graf Stolberg-Wernigerode gegen die jetzige Lösung der Memeler Frage protestieren. Die Versammlung nahm folgende Entschließung an:

„Die Memelländer erheben vor aller Welt Protest gegen die zweifache Vergewaltigung des Memelgebietes durch bewaffnete ausländische Freischärler. Wir verlangen Recht und Freiheit, Selbstregierung und Selbstverwaltung auch unter litauischer Oberherrschaft. Von der Regierung fordern wir tatkräftige Unterstützung und entchiedene Abwehr der großlitauischen Umtriebe in Oberschlesien.“

## Republik Polen.

### Ableben des Erzbischofs von Lemberg.

Am Dienstag 4 Uhr nachmittags starb in Lemberg nach langer Krankheit der römisch-katholische Erzbischof und Metropolit von Lemberg Joseph Wlodekewski im Alter von 63 Jahren. Im Jahre 1900 wurde er Erzbischof und Wojewode von Lemberg. Die Beerdigung findet am Sonnabend 10 Uhr vormittags statt. Der voraussichtliche Nachfolger ist Bischof Twardowski.

### Einwanderung und Auswanderung.

Visher sind aus Russland nach Polen 703 250 Personen zurückgekehrt. Darunter waren 147 924 Polen, 447 650 Wehrkrieger und 24 242 Juden. Bis zum Ende des Jahres 1923 sind noch 300 000 Rückwanderer zu erwarten. Unter den Heimkehrern befinden sich 200 000 Polen, die jetzt vom Staat unterhalten werden müssen. Aus den Überseeländern sind im Jahre 1921 rund 78 800 Personen zurückgekehrt, 1922 nur noch 20 732. Die Auswanderung umfasste im Jahre 1921 rund 87 000 Personen, 1922 nur noch 32 000. Zugemessen hat die Auswanderung nach Frankreich, Belgien, Dänemark und Finnland. In diesen Ländern ist die Nachfrage nach gelernten Arbeitern, Bergarbeitern und Rübenbauern sehr groß. Zurzeit sind in Frankreich etwa 100 000 polnische Arbeiter beschäftigt, mit den Familien sind es 300 000 Personen. Auch die Schweiz bemüht sich neuerdings um Arbeiter. Nach Ansicht des polnischen Arbeitsministeriums ist die gegenwärtige Krise in der Industrie zwar erwartet, doch müsse man grundsätzlich bestrebt sein, so wenig Arbeitskräfte als möglich dem Lande zu entziehen.

### Die Amtssprache im Gerichtswesen.

Der Reichsausschuss des Sejm nahm in seiner Diensttagung den Bericht des Abg. Zygmunt Schuda vom Nationalen Volksverband über den Gesetzentwurf betreffend die derzeitigen Bestimmungen über die Amtssprache im Gerichtswesen in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen entgegen. Nach einer Aussprache wurde der Entwurf angenommen. Das Gesetz soll für zwei Jahre gelten. In den Regierungsentwurf hat eine Änderung Eingang gefunden, die darauf beruht, daß die Rechtsanwälte, die bisher in deutscher Sprache melden durften, dieses Recht nicht mehr haben sollen. Ferner sieht der Entwurf vor, daß Parteien, die der polnischen Sprache nicht mächtig sind, sich mündlich oder schriftlich in deutscher Sprache an das Gericht wenden können. Hypothekenanträge, die in deutscher Sprache abgefasst sind, muß eine polnische Übersetzung beigelegt werden, die von einem vereidigten Dolmetscher angefertigt sein muß.

### Eine deutsche pädagogische Woche in Lodz.

Der Deutsche Lehrerverein in Lodz hat den Beschluß gefaßt, in den Osterferien am 4., 5. und 6. April in Lodz eine pädagogische Woche zu veranstalten. Auf der Tagessitzung stellten pädagogische und allgemein-wissenschaftliche Vorträge und Musterstunden, eine freie Aussprache und Ausschau der gesammelten Erfahrungen und eine gründliche Besprechung der rechtlichen und materiellen Lage des deutschen Lehrers und der deutschen Schule in Polen. Da steht ein neues Besoldungsgesetz durch die Regierung dem Sejm vorgelegt worden, auch die Dienstpragmatik der Lehrer den Anforderungen der Zeit angepaßt werden sollen, sollen gegebenenfalls die Wünsche der Lehrerschaft in dieser Beziehung formuliert und den deutschen Sejmabgeordneten übermittelt werden. Zum Schluß soll von der Dramatischen Sektion des Lehrervereins die Komödie von Otto Ernst "Flachsmaier als Erzieher" aufgeführt werden. Auch Vertreter der Schulbehörde sollen zu dieser Tagung eingeladen werden.

## Wichtige Verhandlungen in London.

Aus London wird gemeldet: Lord Abernon, der britische Botschafter in Berlin, ist nach London abgereist, um der englischen Regierung Bericht zu erstatten. Da auch Sir Charles Harrington, der Oberkommandierende der alliierten Truppen in Konstantinopel, nach England gerufen worden ist, um angesichts der bevorstehenden Konferenz der Alliierten mit den Türken über die allgemeine militärische Lage zu berichten, werden hier interessante Entwicklung in Verbindung mit Deutschland und dem Nahen Osten erwartet. Die Beratungen der Sachverständigen über die türkischen Vorschläge werden am Mittwoch unter dem Vorsitz Lord Curzon's beginnen.

Im Unterhause erklärte Bonar Law, die Pariser Konferenz habe seinerzeit festgestellt, daß eine Reparationszahlung von 2500 Millionen Pfund Sterling innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liege. Von dem deutschen Angebot einer Reparationsleistung von 1800 Millionen Pfund Sterling habe er keine Kenntnis.

Die Regierung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß dem britischen Handel trotz der französisch-belgischen Verspre-

Amerikanisches Copyright 1921 bei Carl Dunder, Berlin.

## Der heilige Berg.

Roman von Wilhelm Hagen.

(52. Fortsetzung.) (Nachdruck untersagt.)

Der Komponist traf auch die besondere Note des türkischen Millius ausgezeichnet und Ruth bei einem Tanz, der sowohl der Eigenart ihres Kostums Rechnung trug, wie das Auge des Zuschauers entzückte.

Aber während sie tanzte und dabei gierig die Dämpfe des Opiums ansog, hatte sie ein seltsames Gefühl; es war ihr als reichte dieses Mal das Gifft nicht dazu aus, das Verlangen nach dem Vergessen bis zur Höhe zu steigern, ohne das Vergessen selbst auszulösen; sie fühlte in sich einen brennenden Durst nach dem Rausch, ohne in tiefe Betäubung versunken zu können. Und dieser Zustand erzeugte ein bis zum Wahnsinn gesteigertes Sehnen nach Erfüllung in ihr, so daß sie, halb unglücklich über den Mangel dieser Erfüllung, halb brennend vor Begierde danach, vor den Sessel des Grafen hinaufkam und hastend die Worte hervorrief: "Was ist das heute, Graf Broighem? Ihre Augen wirken nicht mehr!"

Er lächelte und sein Blick bekam etwas seltsam Lähmendes: "Ich habe Ihnen heute eine kleine Dosis gegeben, weil sie die stärkere unlängst so schlecht vertragen haben!"

"Aber die heutige ist zu schwach!" erwiderte sie ihm vorwürfsvoll. "Sie reicht ja nicht einmal dazu, mich in den Traumzustand zu versetzen!"

Der Graf wußt aus: "Dann lassen Sie's heute nur dabei! Denn allzuviel ist ungefund, wie's im Sprichwort heißt!"

Da begann sie flehentlich zu bitten. "Ich kann nicht Graf Broighem! Ich habe noch nie eine so unglückselige

Gefangen über die Warenlieferungen aus dem besetzten Gebiet noch immer große Schwierigkeiten bereit zu stellen und daß der Warenaustausch noch immer unmöglich sei. Die Regierung antwortete hierauf, daß sie sich in ständiger Verbindung mit der französischen und belgischen Regierung über diese Frage befindet und das ihre ist, um die Schwierigkeiten für den englischen Handel aus der Welt zu schaffen. Der Abgeordnete Wedgewood-Benn fragte, wie es denn möglich sei, daß die Regierung zulasse, daß die Franzosen auf die englischen Waren Abgaben erheben.

Der Regierungsvertreter McNeill antwortete mit einer Gegenfrage: "Glauben Sie denn, daß wir die Macht hätten, die Franzosen daran zu hindern, dies zu tun?" Derselbe Regierungsvertreter erklärte, daß die englische Regierung nichts davon wisse, daß die Post für England aus dem besetzten Gebiet durch die französische Zensur verzögert werde.

### Eine politische Konferenz beim Papst.

Auf Wunsch des Papstes hatte der Kurialstaatssekretär Gaspari Gelegenheit gesucht, um dem französischen und dem belgischen Vertreter beim Balkan den Standpunkt des Papstes in der Ruhrkrise darzulegen. Nach dem "Corriere della Sera" führte der Kardinal aus, daß der Papst mit großer Besorgnis die gegenwärtige Lage ansiehe und die Aufrichterhaltung des Friedens wünsche. Die Gesandten Frankreichs und Belgiens beim Quirinal, die zu dieser Audienz ebenfalls erschienen waren, legten den Standpunkt ihrer Regierungen dar.

## Die Lage Deutschlands wird besser.

### Ein französisches Eingeständnis.

Im Pariser "Figaro" erwidert Henri Viézu ein sehr günstiges Bild von der französischen Widerstandskraft gegenüber der Ruhrbesetzung. Obwohl die Kohlenpreise in die Höhe gegangen seien, fehle es nicht zu Kohle. Dagegen sehe Eisen, aber dieser Mangel schädige die lothringische Industrie, die ihre Erze nicht loswerde, ebenso sehr wie Deutschland. Das Selbstsame aber sei, daß die finanzielle Lage Deutschlands seit der Besetzung nicht schlechter, sondern besser geworden sei. Die Besetzung berge zwar Gefahren für das Reich, aber es sei voreilig und verlebt, zu behaupten, daß Deutschland heute von der Gnade Frankreichs abhänge. Alle deutschen Parteien seien beinahe geschlossen für eine Fortsetzung des Widerstandes.

### Die Kosten der Ruhrbesetzung bis April:

#### 196 Millionen Franks.

Die Pariser Abendblätter veröffentlichten eine offizielle Notiz, nach der der Finanzminister an den Finanzausschuß der Kammer eine schriftliche Mitteilung über die Kosten der Ruhrbesetzung gerichtet hat. Für die Monate Januar bis April einschließlich seien die Kosten auf 196 Millionen Franks zu veranschlagen. Davon wären 36 Millionen Franks auch ohne die Ruhraktion für den Unterhalt der betreffenden Truppen ausgegeben worden, so daß die Wehrkosten sich nach den amtlichen Berechnungen auf 160 Millionen Franks belaufen. - Wenn man aber diese Truppen entlassen hätte statt dauernd das größte Heer Europas unter Waffen zu halten? Und warum behält man den Jahrgang 1921 noch unter Waffen? Diese Kosten kommen noch zu den angekündigten hinzu. D. Reb.

### Wieder ein Franzose erschossen.

Zur Nacht zum Sonntag wurde am Hauptbahnhof Essen ein französischer Posten erschossen. Der Täter ist nicht bekannt. Die Franzosen nehmen an, daß es ein Deutscher war. Einiges kann aber eine fahrlässige Tötung durch einen unvorsichtig mit dem Gewehr hantierenden Kameraden in Frage kommen. Auch kann ein Nachbar eines anderen Soldaten vorliegen. Da im Hause Buer die Franzosen sofort gegen die Deutschen wüteten und die Möglichkeit, daß ein Franzose der Täter sei, von vornherein bei der Untersuchung ausgeschlossen wurde, so liegt es nahe, daß ein Polizei einen anderen einfach aus dem Hinterhalt niederschlägt und nachher sagt, die Deutschen seien es gewesen. Sofort nach der Tat begann natürlich eine wilde Schieferei in den Straßen der Stadt, wobei nicht nur mehrere Deutsche, sondern auch ein französischer Koch getötet wurden. Unter den Gründern befindet sich Buchdruckereibesitzer Kurt Schulte. Die Chauffeure der am Bahnhof stehenden Autos wurden schwer geschossen, ebenso Kriminalbeamte, die den Vorfall untersuchen wollten. Zahlreiche Personen wurden verhaftet.

### Eine neutrale Darstellung des Vorfalls.

Bei dem getöteten Franzosen handelt es sich um einen französischen Soldaten, der als Heizer in dem militarisierten Hauptbahnhof Essen Dienst tat. Der Getötete wurde, wie ein französischer Offizier erzählt, erschossen aufgefunden. Andere Gerüchte besagen, daß er erstochen worden sei. Die Polizei

Empfindung gehabt wie jetzt. Das Verlangen in mir schreit nach Erfüllung!

Wieder trat das spöttische Lächeln auf seine Züge. "Man muß gar oft verzichten, Verehrteste!" erwiderte er lächelnd. "Auch ich hatte schon manches Verlangen in mir, das nach Erfüllung schrie!"

"Was wollen Sie von mir?" stieß sie rauh und gequält hervor.

In seine Augen trat ein böses Leuchten. "Tanzten Sie in dem Kostüm, das ich für Sie kommen ließ," heischte er, "und ich will Ihnen eine Kugel geben, daß Sie Seligkeiten empfinden wie noch nie!"

Aus ihren Augen sprach die Qual eines geheuchten Tieres. "Das Kostüm ist abschreckend, Graf!" stieß sie erregt hervor. "Warum wollen Sie haben, daß ich mich so vor Männern zeige!"

"Sie schlafen ja alle!" spottete Broighem. "Nur Wildenbrunner und ich sind noch wach. Und wenn Sie Wildenbrunner töten, dann lasse ich ihn abtreten!"

"Aber ich möchte auch vor Ihnen nicht so tanzen!" bat sie flehentlich. Verlangen Sie irgend etwas anderes von mir, und ich will es tun!"

Da wurde seine Miene hart. "Ich habe nur den einen Wunsch!" stieß er hervor. "Und nur, wenn Sie mir den erfüllen, gebe ich Ihnen dafür, was Sie von mir verlangen!"

In Ruths Visionen spielte sich ein furchtbarer Kampf ab. Ihre Scham rang mit dem Verlangen nach dem Rausch. Alle guten Eigenschaften suchten eine harte Verzweiflungsschlacht gegen die dunklen Mächte in ihr, die nach Betäubung schreien. Und da die von Broighem mit klugem Vorbedacht gegebene Dosis den Willen Ruths bereits zermürbt, preiste sie nach einer Weile voll Abscheus vor sich selbst hervor: "Wo ist das Kostüm?"

Da griff er, ein tiefes Lächeln der Befriedigung an dem

konnte von deutscher Seite noch nicht bestätigt werden.

Von einem zuverlässigen neutralen Augenzeuge erfährt die "Di. Allg. Blg." über den Vorfall noch folgende Einzelheiten: Unmittelbar nachdem der tödliche Schuß auf den französischen Posten am Essener Hauptbahnhof gefallen war, stürzte die französische Postenwache auf den Bahnhofsvorplatz, um nach deutschen Zivilisten, die sich in der Nähe aufhielten, zu fahnden. Der Platz war aber völlig ausgestorben, da sich die wenigen Zivilisten sofort in Sicherheit gebracht hatten. Nur fünf Chauffeure, die in einer Wärmehalle saßen und auf Fahrgäste warteten, waren die einzigen Anwesenden. Bei dem Lärm traten sie auf die Straße, um zu sehen, was es draußen gäbe. Als die Franzosen ihrer aufsichtig wurden, stürzten sie sich unter Anführung eines Offiziers in blinder Wut auf die Leute und bearbeiteten sie mit ihren Gewehrkolben und Bayonetten. Der Offizier schlug fortwährend mit seiner Peitsche auf sie ein. Einer der Franzosen rief dabei: "Ein Franzose tot, heißt 20 Deutsche tot." Die an dem Vorfall völlig unbeteiligten Chauffeure wurden, wie unser Gemütsmann bestätigt, furchtbar zugerichtet. Ein vor ihnen hatte einen tiefen Bayonetstich in den Schenkel erhalten, andere trugen schwere Kopfverletzungen davon. Als die Franzosen ihre Wut an ihnen gefühlt hatten, sahen sie sich nach anderen Opfern um, und diesen Augenblick benutzten die Chauffeure, um sich unter Zurücklassung ihrer Wagen in Sicherheit zu bringen.

### Frankreich wünscht das Rheinglacis.

Die neue Reihe des Ministers für öffentliche Arbeiten, Dr. Trocquer, in das Ruhrgebiet hängt handfestsch mit der Erfassung und dem Abtransport der dort aufzuhaltenden Kolbenvorräte zusammen. Die Regierung möchte durchaus der Gründlichkeit, deren Unzufriedenheit täglich nimmt, etwas bieten. Die extremen Nationalisten führen vor, die Annexion des linksrheinischen Gebietes als Glacis für Frankreich und Belgien zu fordern. Bettina erklärte im "Echo de Paris" vom Sonntag, Voneins werde in nächster Zeit die Notwendigkeit einer viel wirkameren Kontrolle des Rheinlandes und der Vorlegung von Beweisen für die von Deutschland drohende militärische Gefahr betonen. Eine französische Initiative sei um so dringender, als England scheint die Frage eines Garantieabkommens erneut anstreben zu wollen um Frankreich an der vollen Entwicklung der Politik vom 11. Januar zu hindern.

### Ein deutscher Kommunist in Paris verhaftet.

Der deutsche Kommunist Höllerin wurde in Paris nach einer kommunistischen Versammlung, in der er gegen die Ruhrbesetzung gesprochen hatte, verhaftet.

## Sowjetrußland und Ukraine.

Lenin,

der von einigen Blättern schon totgesagt wurde, soll, wenn auch schwer krank, so doch noch am Leben sein. Berichte aus Moskau wissen sogar von einer Besserung in seinem Befinden zu melden. An sein Krankenlager wurden zwei Leipziger Universitätsprofessoren berufen, nämlich Heinrich Dr. B. Stumpf, Direktor der medizinischen Klinik, und Dr. Bumke, Direktor der psychiatrischen Nervenklinik, sowie ein schwedischer Mediziner, der Gehirnpathologe Prof. Dr. Hensch.

### Die Landkonzession der Firma Krupp in Russland.

An der Berliner russischen Botschaft wurde am Sonnabend der Vertrag über die Landkonzession der Firma Krupp in endgültiger Form durch die Bevollmächtigten der russischen Regierung und der Firma Krupp unterzeichnet.

Die Firma Krupp erhält nach einem am 16. Januar d. J. mit der Sowjetregierung abgeschlossenen vorläufigen Vertrag 25 000 Hektar Land im Kreise Soal des Donezgebietes zwecks rationeller landwirtschaftlicher Bearbeitung und Ausbeutung mit den modernsten technischen Mitteln.

### Der russische Auslandsbank

lostet jetzt 1 500 000 000 Sowjetrubel (eine Milliarde und fünfhundert Millionen).

### Verhaftung des ukrainischen Metropoliten.

In Kiew wurde der Metropolit der ukrainischen Kirche, Basilus, unter der Verdächtigung der Zivilherrschaft verhaftet.

### Der Kongress der Kommunistenpartei.

Aus Moskau wird gemeldet, daß der Kongress der kommunistischen Partei, der am 30. d. Monats eröffnet werden sollte, infolge eines Protestes der kommunistischen Gewerbeorganisationen gegen die Änderung in der politischen Taktik des Zentralkomitees, die sozusagen die kommunistische Ideologie verlebt, bis zum 15. April aufgeschoben worden ist. Dieser Protest hatte jedoch keinen Erfolg. Das Zentralkomitee befürchtigte alle Nationalitäten, daß die Politik keine Änderung erfahren und daß die lokalen Organisationen die Motive des Zentralkomitees, das im Interesse des Staates unvermeidliche Zugeständnisse in der allgemeinen Politik fordere, zu prüfen hätten.

errütteten Gesicht, in die Brusttasche seines Rockes und reichte ihr das winzige Bündel Stoff.

Sie riß es ihm aus der Hand. "Wo kann ich mich umziehen?" hauchte sie, ganz zerschlagen von ihrer Niedergeschlagenheit und doch fiebernd vor Verlangen nach dem Gifft.

"Kommen Sie!" sagte er wieder mit der Artigkeit des vollendetem Weltmannes und führte sie in ein kleines Kabinett.

Tränen der Wut, der Scham und der Empörung entstürzten ihren Augen, als die Unmöglichkeit von Broighems Bekleidung sich um ihre Glieder legte. Der dünne Stoff entblößte mehr, als er verbarg und wirkte wie ein lusterner Aufzug der Niederkunft.

Noch einmal kämpfte sie einen kurzen schweren Kampf mit sich. Noch einmal wollte sie die Seide von ihrem Körper reißen, und vor der Erniedrigung entfliehen, die ihr bevorstand. Aber heiter als je brannte das Verlangen, sie war nicht mehr sie selbst, die taumelnd wie eine Tintenfisch aus dem Kabinett trat und sich nach der hohen Terrasse tastete, dem Grafen entgegen, der sie lusternen Blickes erwartete. Sie kam sich vor, wie eine willlose Puppe, wie eine leblose Marionette, die an den Drähten ihrer vergifteten Leidenschaft zu tanzen begann.

Wildenbrunner war auf einen Wink des Grafen verschwunden und Broighems Blicke zeigten eine Orgie mit ihrer Schönheit.

Dann reichte er ihr die Pfeife, und seine schwarzen Augen schienen zu glühen, als er dazu sprach. "Hier meinen Dank, Verehrteste. Ich hoffe, daß es Ihnen dasselbe gibt, was Sie mir geben!"

Da begann

## Deutsches Reich.

**Das Wiesbadener Staatstheater niedergebrannt.**  
Am Sonntag abend brannte das Staatstheater in Wiesbaden kurz nach Schluss der „Arienzi“-Vorstellung nieder. Man hörte nach dem Abschluß der Vorstellung um 10 Uhr einen explosionartigen Schlag, und einige Minuten später stürzten turmhoch die Trümmer aus den Fenstern empor. Nach 20 Minuten stürzte die große Kuppel über dem Zuschauerraum zusammen. Nach einer knappen Stunde war das Theater vollständig ausgebrannt. Es stehen nur noch die Ummauern. Der Inhalt des Kulissenhauses mit seinen kostbaren Einrichtungen ist fast vollständig vernichtet. Darauf ist ein Schaden von vielen Millionen entstanden. Als Ursache wird Kurzschluß angenommen.

**\*\* Tunes' Reise nach Süddeutschland.** Reichskanzler Tunes wird seine schon seit langerer Zeit geplante Reise nach Süddeutschland in den nächsten Tagen antreten. Er fährt am Mittwoch nach München und dann über Stuttgart wieder nach Berlin zurück.

**Arbeitslosenruhen in Stettin.** In Stettin kam es am Montag zu Arbeitslosenunruhen. Am Nachmittag hielten die Arbeitslosen eine Versammlung ab, nach deren Schluss ein Zug nach der Privatwohnung des Oberbürgermeisters Dr. Lüdermann gog, in die Wohnung eindrang und Fensterscheiben und Einrichtungsgegenstände zertrümmerte. Ein anderer Trupp fuhr nach der Stadt gezogen, wo verhaftigt war, die Kaffeefeststühle, die Polizei vermochte zunächst nicht viel auszurichten. Die Menge zog dann nach dem Rathaus. Hier hatte sich aber inzwischen ein sehr starkes Polizeiaufgebot eingefunden, so daß es gelang, die Menge zum Stehen zu bringen. Eine Abordnung wurde von den Arbeitslosen in das Rathaus gefandt, um mit dem Magistrat zu verhandeln. Die Abordnung wurde aber, als es sich herausstellte, daß man die Hauptverantwortliche vor sich hatte, verhaftet und die Menge unter der Drohung, daß man nichts von der Waffe Gebrauch machen würde, langsam in die Seitenstrassen zurückgedrängt. Verhaftet sind etwa zehn Personen, denen die Mantel abhanden gekommen sind.

**\* Die Seeverbindung Ostpreußens mit dem Reich.** An Stelle des bisher zwischen Swinemünde – Neufahrwasser – Villau und umgekehrte verkehrenden Dampfers „Buhenden“ tritt nunmehr am bis vorausichtlich Anfang Mai der Stettiner Salondampfer „Gertcha“. Später soll dann wieder der Dampfer „Buhenden“ den Verkehr nach Swinemünde vermitteln.

**\* Verhaftung des Oberleutnants Rossbach.** Oberleutnant a. D. Röckach, einer der Führer der Nationalsozialisten, wurde in Bonnsee bei Berlin verhaftet. Er war im Herbst 1919 in die Wallenländer gegangen, um gegen die Bolschewiten zu kämpfen. Nach seiner Rückkehr war er an dem Kapp-Putsch beteiligt, ferner an den Abstimmungsunruhen in Oberschlesien. Er war bereits mehrere Male verhaftet, darunter wegen Geheimbündelei. Die neue Verhaftung erfolgte wegen Verdachts eines Verstoßes gegen die Sicherheit der Republik.

**Lokal- u. Provinzialzeitung.**  
Posen, den 21. März.

### Protestversammlung gegen die Teuerung.

Im Saale des Zoologischen Gartens fand am Sonntag eine Kundgebung gegen die Teuerung statt. Zu der zum Schluss angekommenen Entschließung wird an die Wojewodschaftsschäden der Appell gerichtet, die Ausfuhr von Lebensmitteln aus der Wojewodschaft erst dann zu gestatten, wenn vorher die für die heimische Bevölkerung notwendige Bedarfserhöhung sichergestellt ist. Die Posener Eisenbahndirektion wird erzählt, keine Wagons für Winkelauflieferung aus der Wojewodschaft bereitzustellen. Die Eisenbahner möchten die Beachtung der Verbote zur Erhöhung des Schleichhandels überwachen. Magistrat und Stadtberatende versammeln werden gebeten, die höchstmögliche Steuer auf Export-Fleischwaren zu legen. Zum Schluss werden alle Landsleute dazu aufgefordert, alle diejenigen, die boykottieren die für Judasüberlinge Leben und Gesundheit vieler Tausender ihrer Mitbürger verkaufen.

### Osterlammchen.

(Ein Wort an Gütherrinnen und Gutstöchter.)

Als wir noch Kinder waren, 's ist lange, lange her, da pflegte der Vater am Ostermorgen zu wenden und zu rufen: „Steht schnell auf, wenn Ihr das Osterlammchen wollt in der Sonne schenken!“ Wir sprangen aus den Betten, schlüpften in die Kleider, und unsere gläubige Phantasie sah in den hinen und herzlegenden Sonnenstrahlen wirklich das hüpfende Osterlamm. Orlige Kinderzeit, wie liegst du fern, wie liegst du weit!

Über auch heute noch würde mit ein Osterlammchen (es könnte auch ein ausgemachtes Schälein sein) großer Freude machen; ja ich würde schon mit der Wolle davon zufrieden sein. Die Herren haben so viel anderes zu bedenken, wie wäre es, wenn die Gutsherrinnen, oder so ein lieblich Gutstöchterlein den strengen Herrn Gemahl oder Vater so lange schmeichelnd umgingen, bis er seine Zustimmung gäbe. Ein Sprichwort sagt: „Die Milde gibt sich reich, und der Geiz spart sich arm.“ Arm jedenfalls an Freude. Wer doch den hellen Sonnenschein sehen könnte, der aus den Augen unserer Schwestern bei jeder Wollspende herausleuchtet; es würde sicher ein Strahl davon ins eigene Herz zurückfallen. Das Porto ist jetzt sehr hoch, aber herrlich wäre es noch, wenn wir zum Osterfest viele, viele Karten mit Zusagen besäßen. Die würde ich dann unter Glas und Rahmen mit der Unterschrift „Die Osterlammchen 1923“ in unserer neuen, großen Spinnstube aufhängen. Allen lieben Lesern und Leserinnen dieses Blattes wünscht ein gesegnetes Osterfest.

Die Spinnstube  
des neuen Diakonissenhauses.

### Sitzung des Posener Kreisbauernvereins.

Der Deutsche Kreisbauernverein Posen hielt Dienstag mittag unter Leitung seines Vorsitzers, Landrats a. D. von Trešlow-Owiński im kleinen Saale des Evangelischen Vereinshauses eine gut besuchte Monatsversammlung ab.

Aus den geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden ist zu erwähnen der Hinweis auf den Stand der Tarifverhandlungen in Warschau, der sich inzwischen, wie Herr von Saenger-Luwow murierte, nicht wesentlich geändert hat.

Am 1. April d. J. werden die Verträge keineswegs abgeschlossen.

Was zunächst noch dem 1. April geschieht soll, läßt sich noch nicht übersehen. Ferner wurde auf die Verpflichtung zur Führung von Kontraktbüchern für jeden einzelnen Arbeiter hingewiesen.

Es wurde die Frage der verschiedenartigen Bezeichnung zur Übersicht neu erörtert. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Düngemittel in Oberschlesien vom dortigen Wojewoden vom 15. d. Ms. beschlagnahmt sind und hinzont nur von einzelnen polnischen Firmen verkaufen werden dürfen. Nur Kalkstickstoff ist noch in allen erwähnten Mengen, sogar unter teilweise Preissenkung gegeben.

Den Hauptvortrag der Versammlung über „Tierzüchtische Tagesfragen“ hatte Rittergutsbesitzer Sander-

mann-Pohlholz übernommen, einer der bekanntesten Tierzüchter unseres Gebietsteils, der erst auf der letzten Herdbuchversteigerung in Bozen so glänzen abschneidet.

Der Vortragende sprach aus seinen Erfahrungen über die Aufzucht von Jungvieh. Er wies auf die Tatsache hin, daß man auf die Auktionen wohl ausgezeichnete Bullen, aber kein gutes weibliches Flechtmaterial mehr schaffen kann, wie auch die letzte Versteigerung bewiesen hat. Auf dem Abtriebsgebiet der den hiesigen Büchtern in Pommerellen eine große Konkurrenz entstanden. So ist die Büchtrückzüchtung sehr begrenzt. Beider sind die jeweils Maßnahmen der zukünftigen Stelle noch nicht geeignet, die Tiere zu fördern, wie das früher der Fall war. Die Züchterneue greift immer weiter um sich ohne das daraus entstehende Risiko abnehmen zu lassen. Sie hat große Rücken in die Herden gerissen; die Aufzucht des Jungviehs ist dadurch beeinträchtigt. Deshalb müssen Rinder von Jungviehseuchen sofort behandelt werden, das Vieh muß abgeschachtet und die Einschädigung dafür sofort bezahlt werden. Anfolge der zahlreichen Abwanderung der deutschen Großgrundbesitzer und Ansiedler ist eine bedeutende Änderung in der Zusammensetzung der Herdbuchgesellschaft eingetreten. Deshalb ist die Erziehung sämtlicher deutschen Besitzer in der nächsten Generalversammlung, die voraussichtlich im Juni abgehalten wird, dringend erforderlich. Gestaltet wird von der Landwirtschaftskammer die Einführung von Vieh aus Dänemark und Schweden, doch handelt es sich um ein minderwertige Ware, während man auf die Einführung deutsches Viehs verzichtet. Die Frage erhebt sich, was für Vieh soll gezeugt werden? Überzeugungen, Orländer, Dänen usw. Eine Einigkeit ist darüber leider nicht zu erzielen, weil es an Direktiven von der Kammer fehlt. Als Abtriebsgebiet kommen für die hiesigen Büchtrückzüchter und Galizien in Frage; nach den Wünschen der dortigen Räuber muß man sich also richten. Zur Büchtrückzucht gehört ferner Krautfutter, außerdem gutes Heu und gute Enzime. Die Aufzucht der Kälber erfordert hierauf entsprechende Anstrengungen. Die zweckmäßige Verteilung des Futters hält das Vieh im guten Stande. Die Rüde muss darauf hinzuhalten, weder verhungerte noch zu fette Tiere zu züchten. Zu empfehlen ist die Untersuchung des Viehs auf die Gesundheit der Lungen. Zu vermeiden ist die Zulassung des Viehs vor vollendetem zweiten Jahre. Keine der eben geborenen Kälber gibt es in Menge, so die Kälberpneumonie, dagegen gibt es als einziges Mittel das Immun mit Schütteln, gleich nach dem Geburt und später durch Heilserum. Eine andere ist die Nabelkrankheit der Kälber. Das Kalb soll nicht länger als 10 Tage bei der Mutter belassen und dann abgesetzt werden. Am Sommer sollen die Kälber 4–5 Wochen alt auf die Weide gebracht werden. Beim Durchfall des Kalbes muß mit der Milch 2–3 Tage ausgelebt werden. Junge Bullen werden über ein halbes Jahr alt früher gefüttert als die weiblichen Tiere, bis zum Alter von 12–13 Monaten. Der Vortragende gab hierauf noch mancherlei weitsichtige Worte für die Aufzucht der jungen Bullen und weiter für den Anlauf der Ankunft der jungen Bullen und weiter für den Anlauf des Viehs. Zum Schluss wies der Vortragende auf die Bedeutung der Büchtrückzucht die zwar keine großen materiellen Erfolge zeitigte, für die anderen Zweige der Landwirtschaft hin.

An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache, in der u. a. Rittergutsbesitzer Dietrich Christow die Ausführungen des Vortragenden in mancher Beziehung ergänzte und unterstrich, Schilling-Neumühl die Stationsbulldenhaltung streite usw.

Zum Schluß der Versammlung regte Rittergutsbesitzer von Wendowski-Mühlburg die Schaffung eines wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Hauptverein der Deutschen Bauernvereine an.

X Der Frühling hat heut, Mittwoch kalendermäßig seinen Einzug bei uns gehalten, während uns die leichte Winternacht noch zwei Grad Kälte und dicke Reif brachte. Aber der heitere Sonnenchein, der während des heutigen ganzen Frühlingsanfangs vom blauen Himmel berührte, hämmert es uns ein: „Es muß doch Frühling werden.“ # Die Reisen von Polen nach Danzig. Bekanntlich wird von Personen, die aus Polen nach Danzig reisen, auf den Besitz eines Auslandspasses verzichtet. Nach dem Danzig-polnischen Abkommen vom 24. Oktober 1921, Art. 14, genügt zum überschreiten der Grenze von Polen nach Danzig ein Personalausweis. Es kommt jedoch häufig vor, daß Personen mit einem abgelaufenen Personalausweis nach Danzig reisen. Der „Pragl-Wiecz.“ macht darauf aufmerksam, daß dies die Ausweisung aus Danzig zur Folge hat, und empfiehlt, Reisen nach Danzig nur mit gültigen Ausweisen anzutreten.

# Polnische Armenhilfsaktion. Auf Anregung der Ban Przemysłowski ist hier eine Armenhilfsaktion in die Wege geleitet worden, die bisher eine Zeichnungssumme von 53½ Millionen ergeben hat. Die größte Summe zeichnete bisher die Huroninna Biwakowa für Konsumwaren. Zur gerechten und schnellen Verteilung der Armenspenden ist ein Komitee gebildet worden, dem Dr. Bojanowski, Direktor Kontrowicz und Direktor Winiewicz angehören.

epv. Der Verein der Freundinnen junger Mädchen hält am Montag nachmittag in seinen eigenen Räumen im Evangelischen Vereinshaus eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Freindinnenarbeit ist, wie der Jahresbericht ergab, auch in diesem Jahre treu geleistet worden und von Segen begleitet gewesen. Die Zimmer der „Heimat“ sind nach wie vor gut besetzt, und die vielen Nachfragen können mit ungünstigem befriedigt werden. Das Mädchenheim im Johannishaus ist öfter als im vorjährigen Jahr besucht gewesen. Zahlreiche Mädchen konnten durch die Vermittlung des Vereins einen unentgeltlichen mehrwöchigen Erholungsaufenthalt auf dem Lande genießen. Mit Rat und Tat stehen die Damen der Bahnhofmission den Auswanderern bei. Die Mitgliederzahl hat sich in der Stadt Posen trotz der Abwanderung verdreifacht, dagegen hat sie auf dem Lande infolge der Schwierigkeiten, den Zusammenhang aufrecht zu erhalten, erheblich abgenommen. Nach dem sachlichen Teil gab Fräulein Le Bisot den Mitgliedern eine lebendige, allgemein fesselnde Darstellung der Passionsspiele in Oberammergau, doppelt interessant, weil sie Selbstlebtes und eigene Ausschauungen über das Gehörte und Gesehene wiedergab. Umrahmt wurde der Vortrag von der Passionsspiel angepaßten musikalischen und dilettatorischen Darbietungen.

# Der letzte Kammermusikabend des polnischen Quartets bringt drei Beethoven-Quartette, nämlich das Quartett op. 18 Nr. 6 (b-dur), das Quartett op. 59 Nr. 1 (f-dur) und das es-dur-Quartett op. 127. Das Konzert findet am Donnerstag dieser Woche abends 8 Uhr im großen Vereinssaal statt. Eintrittskarten sind in der Musikkantiklung von Großsiel (früher Bote u. Post) und an der Abendkasse zu haben.

X Feuer. Gestern nachmittag in der fünften Stunde war im Hause Towarowa 21 (fr. Colombystraße) ein Dachstuhlbrand in den Bodenlammen ausgebrochen, der bei seiner Entdeckung bereits einen solchen Umsatz angenommen hatte, daß zwei Brandwehren mit fünf Schlauchleitungen zu seiner Bekämpfung eingreifen mussten. Erst nach einstündigem angestrengter Arbeit war das Feuer gelöscht, das naturgemäß einen großen Schaden verursacht hat.

X Debäume. Aus einer Wohnung des Hauses ul. Polna 17 (fr. Gedächtnisstraße) wurden für 1½ Millionen Mark Wäsche- und Damenekleidungsstücke und vom Boden des Hauses ul. Starbowa 9 (fr. Luisenstraße) zwei Hängelampen im Werte von 3 Millionen Mark gestohlen.

\* Bromberg, 20. März. Die „Deutsche Rundschau“ erhöht vom 1. April ab ihren Monatsbezugspreis auf 8000 M.

□ Ostrowo, 20. März. Der Mauer- und Zimmermeister Paul Kwieciejewski am 26. März. in voller Rüstigkeit und Frische sein 50-jähriges Meisterjubiläum. Er ist seit 1879 hier als selbständiger Meister tätig und hat sich während dieser Zeit die Ehre und Achtung aller Kreise erworben. 1886 wurde er zum Stadtverordneten gewählt und ist 33 Jahre lang, in den letzten 10 Jahren als unbefolter Bürgermeister, in den städtischen Körperbehörden tätig gewesen. Unter der polnischen Regierung hat er die ersten 5 Monate die Geschichte des Bürgermeisters geführt und war nachher noch bis August 1919 als Magistratsrat tätig. Nach seinem Ausscheiden wurde ihm der Titel als „Stadtältester“ verliehen.

## Handel, Gewerbe und Verkehr.

### Aurje der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bertpapiere und Obligationen: 19. März 20. März  
Broz. Brz. - Staatsan. (Miljo- nówka) . . . . . 170 170

Bankaktien: Bielicki, Potocki i Sta. I.-VII. Em. 2600 2600  
Bank Bonarski I.-II. Em. . . . . 600-575 —

Bank Brzegiawicow I. Em. . . . . 850 —

Bank Zw. Szotek Baross. I.-X. Em. 1700-1750 1800-1900  
Poski Bank Handl., Bojanow I.-VIII.

(exkl. Zukausir.) 1000 —

Boż. Bankiemian I.-IV. Em. . . . . 550 550

Bielsk. Bank. Kolinieczy I.-IV. Em. . . . . 240 —

Bank Włodz. . . . . 825 825

Industrieaktien:

Arcona I.-IV. Em. . . . . 2000 —

Bydgosza Fabryka Mydli I. Em. . . . . 700 —

R. Bartociczi I.-IV. Em. . . . . 900-850 —

Browar Protoszycki I.-III. Em. . . . . 9750 9750-10 000

Brzeski Auto I.-II. Em. . . . . 1750 1850

H. Segielski I.-VIII. Em. . . . . 10 400-10 800 11 000-10 600

Centrala Kośnickow I.-V. Em. . . . . 675 -700 —

Centrala Skór I.-IV. Em. . . . . 2350-2250 —

E. Hartwig I.-V. Em. (exkl. Kup.) 1150-1125 1150 —

Hartwig Kantorowicza I. Em. . . . . 6800-7000 —

Hurtownia Drogerijna . . . . . 300 —

Hurtownia Skór I.-II. Em. . . . . 1050-1100 —

Hersfeld-Bitorius I.-II. Em. . . . . 3850 380-3750

Hurt. Szotek Szkodzicow I.-II. Em. 900 —

Dr. Roman Max I.-IV. Em. . . . . 18 000-19 500 20 000-21 500

Młyn Ziemiąski I. Em. . . . . 1600-1900-1750 —

Orient I.-II. Em. . . . . 500-450 500 —

Blino I.-II. Em. . . . . 1000 1050 —

Babiernia. Budopozas (exkl. Kup.) . . . . . 1900-2000 —

Batra I.-VII. Em. . . . . 1100 1100 —

Boż. Szotek Dziewana I.-VI. Em. 5000-4900 5000 —

Sarmatia I.-II. Em. . . . . 2700-2900 2900-3000 —

Starogardzka Fabr. Mydli I. Em. . . . . 1600 —

Tri. 1175-1150 —

Unja (früher Bentki) I. u. II. Em. 3900-3800 3800-3900 —

Wagon Ostrowo I.-IV. Em. . . . . 2000 2000-1950 —

Wyrownia Chemiczna I.-III. Em. 850 850 —

Wyrown Ceramiczne

